

<b>Antrag</b>	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
<b>Drucksachen-Nr.</b>	
<b>Externes Dokument</b> Shared_space.pdf	

<b>Antragsteller/in</b> <u>Stv. Esser</u> <u>und SPD-Fraktion</u> <b>gez.</b> <u>Werner Esser</u> <b>f.d.R.</b> <u>Berthold Lange</u>  <u>30.11.2006</u> <b>Datum</b> <b>Unterschrift</b>	<b>Eingangsdatum</b>
---	----------------------

<b>Betreff</b> Schilderwald schneller lichten - Mehr Verkehrssicherheit durch weniger Verkehrszeichen.
---

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat	2 = Empf. an Rat 6 = Anreg. An HA	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
<b>Gremium</b>	<b>Sitzung</b>	<b>Ergebnis</b>	<b>Z. *</b>	
<u>Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz</u>	<u>11.01.2007</u>		<u>3</u>	

### Inhalt des Antrages

1. Die Verwaltung legt zusammenfassend dar, wie viel unnötige Schilder seit dem Beschluss des HA vom 5.6.2003, Drucksachennummer 0311013NV4, abgebaut worden sind und welche Schwierigkeiten sich bei dem Abbau von Verkehrsschildern ergeben.
2. Sie wird gebeten, mit dem Bundesverkehrsministerium Kontakt aufzunehmen, um zu klären, ob die Stadt in ein Nachfolgeprojekt oder das EU Projekt Shared Space <http://www.shared-space.org> zur Erhöhung der Verkehrssicherheit oder ähnliche Projekte aufgenommen werden kann.
3. Die Verwaltung richtet bei anstehenden Verkehrsschauen ein Bürgertelefon ein, unter dem unnötige Verkehrszeichen benannt werden können.

### Begründung:

Nach Expertenaussagen sind gut ein Drittel aller Verkehrsschilder unnötig. Die Stadt Bonn hat nach dem Beschluss vom 05.06.2003 auf Grund eines SPD-Antrages im Rahmen der regelmäßigen Verkehrsschauen Schilder systematisch abgebaut.

Es ist eine Vielzahl von Schildern unnötig geworden. In dem EU Projekt Shared Space soll der Gedanke, dass durch klare Regeln und durch entsprechende bauliche Veränderungen mit weniger Schilder mehr Verkehrssicherheit gewährleistet werden kann, untersucht werden.

Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger und die einzelnen Stadtverordnete und Bezirksverordnete einbezogen werden.